Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 36 (2017)
Heft: 70

Artikel: Das Wiedererstarken der NATO auf Kosten der UNO
Autor: Lang, Josef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781005

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Josef Lang

Das Wiedererstarken der NATO auf Kosten der UNO

Die 1990er-Jahre waren die Dekade, zu deren Beginn eine starke UNO neben einer angeschlagenen NATO und an deren Ende eine angeschlagene UNO neben einer starken NATO stand. Die NATO als Sonderbund des reichen Nordwestens hat sich gegen den Bund der Völker dieses Planeten durchgesetzt. Diese Umkehr ist Hauptursache dafür, dass die Welt seit der Jahrtausendwende sicherheitspolitisch derart aus den Fugen geraten ist. Hätte sich 1847 in der Schweiz der Sonderbund gegen den Bund durchgesetzt, wäre aus ihr nicht ein «Federal State», sondern ein Failed State geworden.

Die friedliche Abschaffung der Diktaturen im Osten Europas, der Fall der Berliner Mauer und die Beendigung des Kalten Krieges verschafften der UNO und ihrem europäischen Zweig, der KSZE/OSZE (Konferenz bzw. seit 1992 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), ein politisches Gewicht, das sie bis dahin nie erreicht hatten. Damit bestand erstmals seit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 die Chance, dass eine Institution, der praktisch alle Staaten angehören, für globale Sicherheit und Zusammenarbeit sorgen könnte (Zumach 2015, 235f.). Zu dieser Rolle hätte auch gehört, gegen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen notfalls mit Waffen einzugreifen. Bekanntlich ist kein hoheitliches Handeln derart stark auf Legitimität und Legalität angewiesen wie das gewaltförmige. Umgekehrt ist parteiisches, erst recht sonderbündisches Intervenieren besonders verheerend, wenn es polizeilich oder militärisch erfolgt. Doch genau dies sollte in den kommenden Jahren geschehen.

NATO-Kriege gegen die UNO

Die weltgeschichtliche Veränderung, die im Juli 1991 in der Auflösung des sowjetischen Militärbündnisses Warschauer Pakt gipfelte, stürzte die NATO in eine tiefe Legitimationskrise. Der Nordatlantikpakt hatte seine Existenz immer mit dem militärischen Ostblock-Bündnis begründet und sich als diesbezügliches Verteidigungsbündnis ausgegeben. Allerdings bedeutete der Zusammenbruch des sogenannten realsozialistischen Lagers nicht nur eine Gefahr für die eigene Raison d'être. Er bot gleichzeitig den USA die Chance, ihre militärische Macht

imperial auszuweiten. So erwies sich der grossserbische Tyrann Slobodan Milosevic als eine Art «diabolus ex machina», mit dem die USA ihre geopolitischen Ziele wahren konnten. Der US-Amerikaner Robert Kagan schrieb im neokonservativen Kultbuch *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung,* dass die «Existenzfähigkeit des NATO-Bündnisses» eines der «Hauptziele der amerikanischen Intervention» im Kosovo war und ebenso «ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien» gewesen war (Kagan 2003, 58).

Das Schlüsselmoment für die Aufwertung der NATO auf Kosten der UNO war der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995. Bereits im Mai 1992 erteilte die NATO im Geheimdokument «MC 327» der Forderung des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, die Vereinten Nationen mit ausreichenden militärischen Kapazitäten für Operationen unter Führung des Sicherheitsrates auszustatten, eine klare Absage. Dieses vom NATO-Militärausschuss ausgearbeitete Dokument, das die Unterstützung von UN-Operationen durch NATO-Staaten regelte, beinhaltete im Wesentlichen vier Punkte: a) Interventionen nur dort, wo es um eigene Interessen geht (also z. B. nicht in Ruanda 1994); b) völlige militärische und politische Kontrolle über den Einsatz durch NATO-Truppen; c) von NATO-Staaten gewonnene Aufklärungserkenntnisse werden der UNO nicht weitergegeben; d) die NATO bestimmt, wann und zu welchen Bedingungen ein vom UN-Sicherheitsrat beschlossener Einsatz beendet wird (Lang 2006, 335f.; Zumach 2000, 51; 2015, 214ff.).

Ende der 1990er-Jahre schliesslich überging die NATO die UNO mit dem völkerrechtswidrigen Kosovokrieg. Und die NATO verwandelte sich in ein Offensivbündnis mit globaler Mission (Czempiel 1999, 104; Zumach 2000, 48ff.; Luzi 2005, 46f.).

Sicherung von Rohstoffen, Abwehr der Flüchtetenden

Dieser globale Neomilitarismus verfolgt nicht bloss militärische Ziele. Zuerst einmal ging und geht es darum, die Rohstoffquellen und -routen – vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten – zu sichern. Zweitens wurde schon in den 1990er-Jahren die Abwehr von Migrationsströmen hervorgehoben. Drittens war das Ziel, die eigenen Armeen, die nach dem friedlichen Ende des Kalten Krieges unter einem grossen Sinndefizit litten, vor Budgetkürzungen zu schützen. Weiter illustriert die Tatsache, dass der für die NATO-Osterweiterung zuständige US-Ausschuss vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin präsidiert wurde, dass der militärisch-industrielle Komplex für die Vertretung seiner Interessen eine aktive Rolle im Aufbau des Neomilitarismus hatte. Doch die Militarisierung der Aussenpolitik und die damit verbundene Spannungsstrategie diente auch der innenpolitischen Disziplinierung von Gesellschaften,

die komplexer und unübersichtlicher geworden waren. Die Angst vor dem Zerfall der Gesellschaft und der Drang, diesen durch das Heraufbeschwören starker Feindbilder zu bannen, gehört zu den konservativen Urreflexen. Das wichtigste neue Feindbild nach dem Untergang der Sowjetunion wurde der Islam (Lang 2012, 352; Sandler/Hartley 1999, 166; El-Gawhary 2000, 92; Serfati 2001, 88–99).

Die Europäische Union reagierte zwar etwas verspätet, aber mit derselben Stossrichtung wie die USA und die NATO. Das folgende Szenario aus dem European Defence Paper von 2004 zeigt, dass auch die EU willens ist, Rohstoffe nicht bloss zu kaufen, sondern notfalls zu erobern: «In einem Land x, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.» Ziel sei es, «das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten» (ISS 2004, 81). Da die EU realistischerweise davon ausgeht, dass die UNO für eine solche Neuauflage der alten Kanonenbootpolitik schwer zu gewinnen ist, würde sie im Beispiel vorsorglich auf eine Mandatierung durch die UNO verzichten (Luzi/Lang 2005, 163).

Auch die Führung der deutschen Bundeswehr hatte schon 1992 die «deutschen Sicherheitsinteressen» global definiert. Die «Neugestaltung der Bundeswehr» beinhaltete Ziele wie «die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen» oder «die Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität». Als diese Konzepte publik wurden, erklärte die sich damals in der Opposition befindende Sozialdemokratische Partei (SPD) im Bundestag, sie werde «mit allen parlamentarischen Mitteln gegen diese verfassungswidrige Bundeswehrplanung kämpfen» (Zumach 2000, 57). Zehn Jahre später, im Februar 2002, war es der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck, der für diese «verfassungswidrige» Praxis die passende Formel fand: «Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.» (Ruttig 2015)

Die Schweizer Armee brauchte nach dem Schock vom 26. November 1989 – als die Armeeabschaffungsinitiative 35,6 Prozent Zustimmung erfuhr und von der Mehrheit der Soldaten unterstützt worden war – etwas mehr Zeit, um Auslandseinsätze als neues Betätigungsfeld zu definieren. 1996 schloss sie sich eindeutig neutralitätswidrig mit der Unterstützung der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei (SP) der NATO Partnership for Peace an. Im Jahr 2000 verabschiedete die Armeeführung ein Konzept, dessen Schlüsselaussage lautete: «Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld [...] kann Interoperabilität nur auf die NATO ausgerichtet sein.» Als «Risiken» werden insbesondere «Ressourcen-, Wasser- und Nahrungsmittelmangel sowie Armutswanderungen» genannt (Lang 2001, 49).

US-Hegemonie statt gemeinsames Haus Europa

Der Kosovokrieg vom Frühjahr 1999 führte zu einer zusätzlichen Schwächung der UNO, da die ständigen Sicherheitsratsmitglieder Russland und China, dessen Botschaft in Belgrad am 7. März 1999 versehentlich von der NATO bombardiert wurde, ausgegrenzt wurden (Zumach 2005, 36ff.). So kam es zu einer nationalistischen Trotzreaktion in Russland, von der Wladimir Putin innenpolitisch am meisten profitierte. Putin startete im Oktober 1999 als Ministerpräsident den Zweiten Tschetschenienkrieg, im Wissen, dass sich der Westen aufgrund seines völkerrechtswidrigen Kriegs gegen Serbien zurückhalten wird. Nach Putins völkerrechtswidriger Besetzung der Krim 2014 konstatierte dessen Freund Gerhard Schröder, der sich als Bundeskanzler der rot-grünen deutschen Regierung am ebenfalls völkerrechtswidrigen Kosovokrieg beteiligt hatte: «Der Kosovokrieg war die Blaupause für die Annexion der Krim.» (Zumach 2015, 108f.)

Die Stärkung des grossrussischen Nationalismus und Militarismus gehört zu den Folgen der NATO-Offensive nach der Auflösung des Warschauer Paktes. Noch am 21. November 1990 kam es auf dem historischen Gipfel der KSZE in Paris zum feierlichen Bekenntnis aller Mitglieder, Michail Gorbatschows Vision vom «gemeinsamen Haus Europa» in die Tat umzusetzen. Die «Charta für ein neues Europa» war eine grosse Chance für den Frieden in Europa und auf der ganzen Welt, aber eine grosse Gefahr für die NATO und den Einfluss der USA. Zudem schwächte der Westen das für Verhandlung offene Russland mit seiner Expansionsstrategie Richtung Osten zusätzlich. Die militärische Einbindung ehemaliger Ostblockstaaten in die NATO war ein Bruch des Versprechens, das Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Präsident George Bush sen. und deren Aussenminister Hans-Dietrich Genscher und James Baker gegenüber Gorbatschow wiederholt gemacht hatten. Wenn die NATO heute ihre Existenz und Aufrüstung mit Putins Säbelrasseln begründet, ist das grenzenloser Zynismus (Zumach 2015, 52f.).

Das Versagen der Linken

Die europäische Linke trägt eine grosse Mitverantwortung, dass die friedenspolitische Chance nach der Auflösung des Warschauer Paktes verpasst wurde. Der taz-Gründer und Redaktor Jürgen Gottschlich zog im Jahr 2000 folgende Bilanz über die Westdeutsche Linke und die NATO:

> «Es ist wohl eines der grössten Versäumnisse der westeuropäischen Linken in der zweiten Hälfte dieses blutigen Jahrhunderts, die Chance von Paris nicht genutzt zu haben. In jenem Frühjahr in Paris wäre Russland und mit ihm alle anderen Länder des ehemaligen Warschauer Paktes noch bereit gewesen, sich mit dem Westen zusammenzusetzen und eine neue Sicherheitsstruktur zu erarbeiten. [...] Den Interessen der USA kam

entgegen, dass sich in der historischen Situation von 1990 keine einflussreiche Macht für eine Alternative zur Nato starkmachte.» (Gottschlich 2000, 31f.)

Bei der deutschen Linken gab es zwei Hauptprobleme: Die SPD hatte nicht den Mut für eine Alternative zur NATO. Die Grünen waren äusserst geschwächt und schon damals gespalten zwischen jenen, die mit der SPD regieren (und damit in der NATO bleiben) wollten und jenen, die selbst gegenüber der UNO und der KSZE zu distanziert waren, um auf sie zu setzen. Letzteres trifft ebenso auf die linksalternativen und radikalpazifistischen Strömungen innerhalb der mächtigen Friedensbewegung der 1980er-Jahre zu. Die «global-rechtsstaatliche» Einsicht, dass das Völkerrecht eine zivilisatorische Errungenschaft ist und zwischen einem einschliessenden Bund wie der UNO und einem Sonderbund wie der NATO Welten stehen, war damals nur schwach verankert. Und so standen konzept- und orientierungslose Linke Mitte der 1990er-Jahre plötzlich vor der Frage: «Nie wieder Krieg oder nie wieder Auschwitz?» Dass dieser Satz eine skandalöse Verharmlosung der Shoah bedeutete, wurde in den damaligen Auseinandersetzungen viel zu wenig betont. Ein Grossteil der deutschen Linken und Grünen wurde 1999 zu UnterstützerInnen eines völkerrechtlichen Tabubruchs, der vier Jahre später auch George W. Bush die Invasion des Iraks gegen den Willen der UNO erleichterte. In seinem Buch *Globales Chaos – machtlose UNO* bezeichnet Andreas Zumach (2005, 115) den Kosovokrieg als Präzedenzfall für die Missachtung des Völkerrechts.

Debatte um NATO und UNO in der Schweiz

Auch in der Schweizer Linken wurde (mit Beteiligung des Autors) heftig um den militärischen Interventionismus gestritten – auch innerhalb der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Die GSoA erahnte bereits in den späten 1980er-Jahren, dass sich auf dem Balkan Unheil ankündete. Seit 1989 pflegte sie Kontakte mit antimilitaristischen Gruppen, zuerst in Slowenien, dann auch in Kroatien, Bosnien und Serbien. In den frühen 1990er-Jahren unterstützte die GSoA deren Tätigkeit auch finanziell. Es ging vor allem darum, den nationalistischen KriegstreiberInnen aller Lager das Informationsmonopol streitig zu machen. Die Hauptbotschaften der GSoA – auch für die Schweiz – lauteten: politische Prävention und zivile Lösungen.

Die tiefste Spaltung innerhalb der schweizerischen Friedensbewegung und der Linken gab es im Streit um die Revision des Militärgesetzes für militärische Auslandseinsätze im Frühsommer 2001. Aufgrund der Referendumsdrohung der GSoA wurde vom Parlament für diese Einsätze zwingend ein UNO/OSZE-Mandat vorausgesetzt. Aber insbesondere die Ersetzung des UN-Begriffs «peace-

keeping» (Friedenserhaltung) durch den NATO-Begriff «peace supporting» (Friedensunterstützung), der das allgemein abgelehnte «peace enforcement» (Friedenserzwingung) beinhaltet und Kampfhandlungen erlaubt, veranlasste die GSoA zur Unterschriftensammlung. Im Kern ging es um die Fragen: Stellt die Schweiz der Welt Kriegshandwerk zur Verfügung oder konzentriert sie sich auf Friedenshandwerk? Und sollen Schweizer SoldatInnen gemeinsam mit NATO-Armeen eingesetzt werden dürfen oder sich nicht, wie das während Jahrzehnten der Fall war, auf den UN-Rahmen beschränken müssen?

Etwa sechzig Prozent der Linken legten am 10. Juni 2001 jedoch ein Ja für das Militärgesetz in die Urne, ein Ja, dass sich vor allem gegen die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) richtete, die aus isolationistischen Gründen das Referendum ergriffen hatte. Dies führte zur knappen Annahme der Vorlage. Allerdings hat der Irakkrieg und die breite Mobilisierung der Friedensbewegung, die zu den zwei grössten Kundgebungen der Schweizer Geschichte führte, das Kräfteverhältnis in der Linken und in der Gesellschaft stark verändert. In der Folge fanden konkrete Vorschläge für Auslandseinsätze, insbesondere die Beteiligung an der Piratenjagd vor Somalia, im Nationalrat keine Mehrheit mehr. Die bisherige Gegnerschaft aus SVP und Grünen hatte eine wachsende Unterstützung in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei (SP) gefunden (Haering, 2006, 320ff.; Lang 2006, 337ff.).

Die Katastrophe des War on Terror

Mit der Marginalisierung der UNO und der Selbstermächtigung der NATO nahm das Verhängnis seinen Lauf. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben den machtpolitisch intonierten militärischen Interventionismus und die globale Militarisierung zwar nicht verursacht, jedoch beschleunigt. So hatte der US-Kongress bereits im Oktober 1998 mit grosser Mehrheit den «Iraq Liberation Act» beschlossen. Dieser hatte schon zu diesem Zeitpunkt den Sturz Saddam Husseins zum Ziel (MacDonald 2014, 15).

Gemäss dem Watson Institute an der Brown University haben die USA für die Kriegsführung in Afghanistan, Pakistan und im Irak zwischen Oktober 2001 und August 2016 4,8 Billionen US-Dollar aufgewendet. In diesen drei Staaten sind in derselben Zeit etwa 400 000 Menschen dem Krieg zum Opfer gefallen (Watson Institute 2016).

Die politischen Hauptprofiteure des im Oktober 2001 von den USA zuerst im Alleingang entfesselten Afghanistankrieges sind die Taliban. Eine fundamentalistische Sekte, die während ihrer Herrschaft ausserhalb der paschtunischen Stammlande kaum verankert war, entwickelte sich zu einer nationalistischen Bewegung, die auch unter anderen Ethnien immer mehr Rückhalt findet (Rashid 2009, 171ff.; Ladurner 2010, 166ff.).

Der am 20. März 2003 von einer «Koalition der Willigen» unter der Führung der USA und Grossbritanniens gestartete Irakkrieg hat die irakische Gesellschaft konfessionell und ethnisch völlig gespalten. Der verheerendste Fehler war es, die sunnitische Minderheit radikal auszugrenzen. Al-Kaida, die es unter Saddam Hussein im Irak gar nicht gegeben hatte, konnte sich als sunnitische Schutzmacht aufspielen. Aus dem Versuch, Al-Kaida zu zerschlagen, entstand schliesslich der IS («Islamischer Staat»). An dessen Aufbau beteiligte sich unter anderem der syrische Geheimdienst, der die Zusammenarbeit zwischen islamistischen Kämpfern und Ideologen mit ehemaligen Offizieren von Saddam Hussein beförderte (Lang 2012, 354; Zumach 2016, 2f.).

Nach dem Ausbruch der syrischen Revolution im Frühjahr 2011 spielte der IS eine entscheidende Rolle bei der Rettung des Regimes von Baschar al-Assad. Einerseits begründete der Diktator Assad seinen Krieg mit dem Hinweis auf das Aufkommen des Islamismus, insbesondere des IS. Später tat Putin dasselbe, um seine militärische Intervention zur Rettung Assads zu legitimieren. Allerdings wurden die IS-Milizen bis 2015 von der Luftwaffe und den Bodentruppen Assads kaum bekämpft. Der IS selber schonte die Regierungsstreitkräfte und konzentrierte sich auf die Oppositionsgruppen. Das Ergebnis ist bekannt: Millionen von Menschen mussten auf der Flucht vor Krieg und Repression ihre Heimat verlassen, der Tyrann sitzt wieder ziemlich sicher in seinem Sessel. Dass der IS militärisch geschlagen ist, nimmt ihm mindestens für die nächste Zeit nur wenig von seiner Gefährlichkeit (Zumach 2016, 2f.).

Neben Afghanistan, Irak und Syrien gibt es zahllose weitere Beispiele für die katastrophalen Folgen des «War on Terror». In Libyen intervenierte die NATO 2011 auch am Boden – unter klarer Missachtung eines UN-Mandats, das dem Diktator Muammar al-Gaddafi bloss die Lufthoheit entziehen wollte. Das heutige Chaos in Libyen ist auch dadurch begründet, dass die Aufstandsbewegungen gar nicht genügend Zeit hatten, vor dem Sturz des Diktators eine gemeinsame Grundlage zu entwickeln.

Eine weitere Folge des Kriegs gegen den Terrorismus ist die Aufrüstung der Golfstaaten, hauptsächlich durch NATO-Länder und die Schweiz, sowie die Zuspitzung des Konfessionskonflikts zwischen Sunniten und Schiiten. Gerade die Handelsverflechtungen der westlichen Staaten mit Saudi-Arabien, dessen Wahhabismus die theologisch-ideologische Basis von Al-Kaida und IS bildet, enthüllt die Verlogenheit des westlichen Antiterrorismus. Der sunnitische Terrorismus erhält nirgendwo so viel Unterstützung wie aus der reichen saudischen Gesellschaft. Gleichzeitig verkündete der damalige französische Premierminister Manuel Valls am 13. Oktober 2015, genau einen Monat vor dem Attentat im Pariser Nachtclub Bataclan über Twitter folgende Frohbotschaft: «Frankreich–Saudi-Arabien: Verträge über zehn Milliarden Euro!» (Lang 2015)

Im Schatten des War on Terror kann auch Israel seine Unterdrückungs- und Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten fortsetzen. Das Schicksal des paläs-

tinensischen Volkes bleibt eine wichtige Ursache für die islamistische Radikalisierung junger AraberInnen. Weiter wird der Antiterrorismus zur Begründung der Unterdrückung von muslimischen Minderheiten genutzt, seien es Tschetschenen in Russland, Uiguren in China, Muslime in Indien, Rohingyas in Burma. Und ganz allgemein wurde und wird die Muslimfeindlichkeit, die in den USA den Trumpismus und in Deutschland die rechtsnationalistische Alternative für Deutschland (AfD) prägt, in der Schweiz zum Minarettverbot und im Kanton Tessin zum Burkaverbot führte, durch den War on Terror gefördert.

Weitere demokratiefeindliche Folgen sind der weltweite Abbau der Bürgerrechte, beispielsweise über den «Patriot Act» in den USA. Der Skandal im US-amerikanischen Gefängnis Abu Ghraib im Irak sowie im Gefangenenlager Guantánamo holten Europa über die vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterhaltenen Geheimgefängnisse in Polen, Rumänien und im Kosovo ein. Auch die offizielle Schweiz machte sich hier zur Komplizin, indem sie beispielsweise Überflüge mit Gefolterten zuliess. Der FDP-Ständerat Dick Marty sprach von «servilem Gehorsam» des Bundesrates gegenüber der CIA (Brotz/Jost 2006, 135ff.).

Keine Alternative ohne Ermächtigung der UNO

Weltweit haben sich die Rüstungsausgaben von 2001 bis 2016 auf 1686 Milliarden US-Dollar pro Jahr praktisch verdoppelt. In den USA stiegen die Militärausgaben im fraglichen Zeitraum von 312 auf 611 Milliarden US-Dollar. Das sind 36 Prozent der globalen Rüstungsausgaben. Auf die anderen NATO-Armeen fallen weitere 18 Prozent. In den USA geht etwa ein Siebtel der Ausgaben an private Sicherheitsdienstleister (Sipri 2017).

Die Privatisierung des Krieges und die massive Zunahme von SöldnerInnen im Dienste der NATO symbolisieren die enge Verbindung von militaristischem Neokonservativismus und neoliberalem Marktradikalismus. SöldnerInnen haben zwei «Vorteile»: Erstens haben ihre Verbrechen weniger stark rufschädigende Folgen als diejenigen von SoldatInnen. Und zweitens sind tote SöldnerInnen auch innenpolitisch weniger belastend.

Eine weitere negative Entwicklung im Rahmen des War on Terror ist der Einsatz bewaffneter Drohnen. Gesteuert werden sie über riesige Entfernungen von einem sicheren Arbeitsplatz aus – via Joystick und Bildschirm. Bewaffnete Drohnenangriffe erfolgten bisher vor allem in Pakistan, aber auch in Jemen. Laut der Studie *Living under Drones* der Universitäten Stanford und New York wurden in Pakistan zwischen Juni 2004 und September 2012 zwischen 2500 und 3300 Menschen mittels Drohnen getötet. Davon waren geschätzte 500 bis 900 ZivilistInnen, 176 von ihnen Kinder (Stanford 2012).

Je chaotischer die Welt erscheint, desto grösser ist die Gefahr autoritärer Reaktionen. Dazu gehören der Ausbau der Armeen und der Abbau der Freiheiten.

Die heutige Friedenspolitik ist herausgefordert, die drei grössten Unsicherheitsfaktoren – die Erwärmung des Klimas, die Vergrösserung der sozialen Gräben und die Zuspitzung der Konflikte und Kriege im Nahen und Mittleren Osten – als solche zu benennen. Und diese Analyse ist zu verbinden mit der Forderung nach zivilen (ökologischen, sozialen, diplomatischen) Lösungen, nach einem Verzicht auf Waffenexporte sowie einem Abbau der Rüstungsausgaben. All dies ist einzubetten in den Kampf für eine Wiederermächtigung der UNO. Trotz all ihrer Schwächen haben die Vereinten Nationen dank ihrer Universalität eine grössere Sensibilität für die Klimapolitik, die Armutsbekämpfung, die Unterdrückten und den Gewaltverzicht als alle anderen globalen Machtträger, wie die USA, die G7, die G20 oder die NATO.

Literatur

Brotz, Sandro / Jost, Beat, 2006: CIA-Gefängnisse in Europa. Die Fax-Affäre und ihre Folgen. Zürich

Czempiel, Ernst-Otto, 1999: Kluge Macht. Aussenpolitik für das 21. Jahrhundert. München

El-Gawhary, Karim, 2000: Das Mittelmeer als neue Front? Die arabische Welt und die neue Nato-Doktrin. In: Reinecke, Stefan (Hg.): Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg, 89–98

Gottschlich, Jürgen, 2000: Geschichte einer Annäherung. Die westdeutsche Linke und die NATO. In: Reinecke, Stefan (Hg.): Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg, 15–42

Haering, Barbara, 2006: Pazifistischer Tabubruch und friedenspolitischer Realismus. In: Bleisch, Barbara / Strub, Jean-Daniel (Hg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern/Stuttgart/Wien, 319–329

ISS (Institute for Security Studies), 2004: European defence. A proposal für a White Paper. Paris

Ladurner, Ulrich, 2010: Eine Nacht in Kabul. Unterwegs in eine fremde Vergangenheit. Salzburg

Lang, Josef, 2001 : Nationale Sicherheitspolitik am Scheideweg. Die Schweiz zwischen militärischem Interventionismus und zivilem Internationalismus. In: Widerspruch, Heft 41, 46–52

Lang, Josef, 2006: Braucht die Welt eine Schweizer Armee? Pazifistische Politik im 21. Jahrhundert. In: Bleisch, Barbara / Strub, Jean-Daniel (Hg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern/Stuttgart/Wien, 332–342

Lang, Josef, 2012: Der Krieg gegen den Terror – Bilanz einer Katastrophe. In: Mayoraz, Sandrine / Schenk, Frithjof Benjamin / Mäder, Ueli (Hg.): Hundert Jahre Basler Friedenskongress (1912–2012). Die erhoffte «Verbrüderung der Völker». Basel/Zürich, 351–358

Lang, Josef, 2015: Wer vom Irak-Krieg nicht reden will, sollte von ISIS schweigen. GSoA-Blog vom 24.11. www.gsoa.ch/themen/krieg-und-frieden/02399/wer-vom-irak-krieg-nicht-reden-will-sollte-von-isi (Abfrage: 18.9.2017)

Luzi, Stefan, 2005: Unilateral oder in der Uno. Über den Willen der Staaten Frankreich, Grossbritannien und USA zur Etablierung eines funktionierenden Systems kollektiver Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit an der Universität Zürich

Luzi, Stefan / Lang, Josef, 2005: Die Militarisierung der EU und die Schweizer Sicherheitspolitik. In: Wiederspruch, Heft 48, 159–167

MacDonald, Michael, 2014: Overreach. Delusions of regime change in Iraq. Harvard

Rashid, Ahmed, 2009: Descent in Chaos. Pakistan, Afghanistan and the Threat to Global Security. London

Ruttig, Thomas, 2015: Unsere Sicherheit wird ... auch am Hindukusch verteidigt. thruttig.wordpress.com/2015/12/21/unsere-sicherheit-wird-nicht-nur-aber-auch-am-hindukusch-verteidigt (27.9.2017)

Sandler, Todd / Hartley, Keith, 1999: The Political Economy of Nato. Past, Present and into the 21st Century. Cambridge

Serfati, Claude, 2001: La mondialisation armée. Le déséquilibre de la terreur. Paris

Sipri, 2017: World Military Spending. www.sipri.org/media/press-release/2017/world-military-spending-increases-usa-and-europe (Abfrage: 17.9.2017)

Stanford 2012: Living under Drones. law.stanford.edu/publications/living-under-drones-death-injury-and-trauma-to-civilians-from-us-drone-practices-in-pakistan (Abfrage: 18.9.2017)

Watson Institute, 2016: Summary costs of war in Iraq, Afghanistan, Pakistan, Syria and Homeland Security FY2001–2016. watson.brown.edu/costsofwar/figures/2016/us-budgetary-costs-wars-through-2016-479-trillion-and-counting (Abfrage: 18.9.2017)

Watson Institute, 2016: Human costs of war: Direct war deaths in Afghanistan and Pakistan (Oct. 2001-July 2016) and Iraq (Oct. 2001–April 2015). watson.brown.edu/costsofwar/figures/2016/direct-war-death-toll-iraq-afghanistan-and-pakistan-2001-370000 (Abfrage: 18.9.2017)

Zumach, Andreas, 2000: Die Geschichte der Sieger. Zur neuen Strategie der Nato. In: Reinecke, Stefan (Hg.): Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg, 43–69

Zumach, Andreas, 2015: Globales Chaos – machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Zürich

Zumach, Andreas, 2016: Eine Chance auf Frieden in Syrien? In: Friedenszeitung, Nr. 16, März, 1–4